



Kosovo-Flüchtlinge in Bosnien: „Der Aggressionspegel ist enorm hoch“

Petritsch: Was die Machtausübung betrifft, werden sie nahezu unabhängig sein. Die Albaner sind keine Slawen, für sie muß ein Sonderstatus akzeptiert werden, vergleichbar mit den Serben in Bosnien.

SPIEGEL: Welchen Einfluß wird Belgrad nach Abschluß eines Friedensvertrags im Kosovo noch ausüben?

Petritsch: Die Armee wird aus Belgrad befehligt – wobei über deren Einsatz an der Grenze zu Albanien noch nicht hundertprozentig Klarheit besteht. Die Polizei wird überwiegend albanisch sein. Verwaltung und Regierungsexekutive liegen bei den Kommunen des Kosovo. Auch die Gerichtsbarkeit wird dem Kosovo überlassen. Hier muß lediglich noch ein Mechanismus zum Schutz der serbischen Minderheit gefunden werden. Außenpolitisch werden dem Kosovo ebenfalls gewisse Freiheiten zugestanden – etwa ausländische Konsulate und spezielle Kontakte zu Tirana.

SPIEGEL: Aber formal bleibt die Einheit mit Serbien und Jugoslawien erhalten?

Petritsch: Ja, da beide geographisch und ökonomisch aufeinander angewiesen sind.

SPIEGEL: Falls es dennoch zu Streitereien kommt: Ist die Entsendung eines auswärtigen Gouverneurs als Schiedsrichter – wie in Bosnien – vorgesehen?

Petritsch: Planungen darüber sind im Gang.
SPIEGEL: Wo sehen Sie die schwierigsten Hürden bei den Verhandlungen?

Petritsch: Die Albaner wollen, daß nach drei Jahren ein Referendum über die endgültige Unabhängigkeit stattfindet, die Serben möchten eine Garantie, daß alles beim alten bleibt. Auf beide Forderungen werden wir nicht eingehen. Nach drei Jahren wird es eine internationale Konferenz der Kontaktgruppe geben. Dann wird Bilanz gezogen. Vielleicht sind Albaner und Serben bis dahin ja in inniger Umarmung vereint.

SPIEGEL: Dafür spricht wenig. Die Serben drohen sogar mit Abreise, wenn die Verhandlungen ihrer Meinung nach in die falsche Richtung gehen.

Petritsch: Zwei Dinge sind definitiv verboten: Pressekontakte und vorzeitiges Abreisen. Alle bleiben interniert, in einem Konklave. Am Schluß wird es sicher hart auf hart kommen, und das Endergebnis wird wohl ein Diktat sein. Aber eines garantiere ich: Vor Ende April wird der Kosovo-Konflikt entweder formal gelöst sein, oder die Nato bombardiert.

SPIEGEL: Weil die Allianz Angst hat, sich zum 50. Jahrestag ihrer Gründung lächerlich zu machen?

Petritsch: Ich spüre die Entschlossenheit der Nato, sie kann sich kein Zögern mehr leisten. Die letzte Drohung an die Serben bewies, daß man sich nicht länger auf rhetorische Prügel beschränken kann. Der Schaden für die Zukunft des Bündnisses wäre sonst katastrophal.

SPIEGEL: Bei einer Militärintervention drohen die Serben mit neuen Massakern im Kosovo. Wie groß ist diese Gefahr?

„Die Serben werden fauchen“

Der EU-Sonderbeauftragte Wolfgang Petritsch über die Friedensverhandlungen und die Autonomiepläne für die Albaner im Kosovo

Petritsch, 51, österreichischer Botschafter in Belgrad, leitet gemeinsam mit dem US-Diplomaten Christopher Hill und dem stellvertretenden russischen Außenminister Boris Majorski die Verhandlungen zwischen Serben und Albanern in Rambouillet.



CONTRAST / ACTION PRESS

Kontaktgruppe haben einvernehmlich Basisprinzipien als Grundlage für die Verhandlungen aufgestellt, die nicht mehr verhandelbar sind. Damit ist der Rahmen abgesteckt. Wir sind einen gewaltigen Schritt vorangekommen. Natürlich berücksichtigen wir auch serbische Interessen – zum Beispiel den Schutz der orthodoxen Klöster im Kosovo.

SPIEGEL: Was muß denn überhaupt noch geklärt werden?

Petritsch: Es gibt einen breiten Spielraum für Ergänzungen, etwa darüber, ob der Präsident des Kosovo eine starke oder eine schwache Position haben soll. Auch über die Verfassung, die Organisation der Polizei und die internationale militärische Präsenz kann gesprochen werden.

SPIEGEL: Wie lange soll das dauern?

Petritsch: Da wird nicht mehr lange gepokert. 80 Prozent unserer Vorstellungen werden einfach durchgepeitscht. Wir wollen eine Woche in mehreren Arbeitsgruppen und mit Rechtsberatern verhandeln. Danach berichten wir den Außenministern der Kontaktgruppe. Diese entscheiden dann, wieviel Zeit den Verhandlungspartnern noch zugestanden wird.

SPIEGEL: Dem Kosovo soll den bisherigen Plänen zufolge nicht der Status einer eigenen Republik innerhalb Jugoslawiens zugestanden werden. Wieviel Unabhängigkeit bekommen die Albaner tatsächlich?

SPIEGEL: Herr Botschafter, der jugoslawische Präsident Slobodan Milošević will an den Friedensgesprächen nicht persönlich teilnehmen. Werden die Verhandlungen damit nicht zur Farce?

Petritsch: Die Jugoslawen wollen mit der Entsendung einer zweitrangigen Delegation den Eindruck aufrechterhalten, daß die Provinz Kosovo Bestandteil Serbiens bleibt. Aber egal, wer am Tisch sitzt: Wichtig ist nur, daß die Unterhändler ein Mandat haben und ein rotes Telefon nach Belgrad. Wenn Milošević den Friedensvertrag nicht selbst unterzeichnet, kann dies auch positiv gesehen werden. Er stellt sich dadurch ins Abseits – das Dayton-Wunder seiner politischen Aufwertung wird nicht wiederholt.

SPIEGEL: Die Nato kann während der Dauer der Verhandlungen schwerlich mit militärischen Mitteln gegen Serbien vorgehen. Fürchten Sie, daß Milošević verzögern und blockieren wird?

Petritsch: Wir haben nach der fast schon lächerlichen Pendeldiplomatie unsere Strategie geändert. Die Mitglieder der Balkan-

Petritsch: Die ist nicht zu unterschätzen, der Aggressionspegel der serbischen Polizei ist enorm hoch. Völlig unblutig würde es nicht abgehen. Luftangriffe der Nato müßten dann durch Bodentruppen ergänzt werden, die Vorbereitungen dafür laufen auf Hochtouren. Doch ein solcher Einsatz ist nicht von heute auf morgen möglich.

Unsere Aufklärungsflüge aus Mazedonien haben allerdings hervorragende Ergebnisse gebracht, jedes Planquadrat im Kosovo ist militärisch erfaßt.

SPIEGEL: Auch für die Überwachung eines Friedensabkommens sind Bodentruppen zwingend nötig. Wird Belgrad einem solchen militärischen Protektorat zustimmen?

Petritsch: Sie werden fauchen, aber sie haben keine andere Wahl. Allerdings sollte man mit Rücksicht auf die Serben nicht von Nato-Truppen sprechen, sondern von Uno-Friedenstruppen, etwa 30 000 bis 40 000 Mann, in die auch russische Blauhelme integriert werden. Moskau sitzt mit im Boot und wird es, selbst wenn es zu einer Intervention käme, de facto bei Protesten belassen. Gleichzeitig soll durch die Anwesenheit der OSZE die Zivilkomponente erhalten bleiben. Die OSZE-Beobachter werden dann zwar wei-

ter unbewaffnet, aber unter militärischem Schutz ihre Aufgaben wahrnehmen.

SPIEGEL: Muß das angestrebte Kosovo-Abkommen auch sicherstellen, daß es nicht zu einem Flächenbrand in der gesamten Region kommt?

Petritsch: Gewiß. Albanien befindet sich in Anarchie, da vermag niemand die Entwicklung vorauszusehen.

Mazedonien ist wegen seiner großen albanischen Minderheit ebenfalls ein neuralgischer Punkt. Deshalb ist eine starke internationale Militärpräsenz im Kosovo erforderlich, und die Kriegsparteien dort müssen abgerüstet werden.

SPIEGEL: Werden Serben und Albaner ihre Waffen freiwillig abgeben?

Petritsch: Die Uno-Friedenstruppen müssen den Verbleib der serbischen Armee und ihrer Waffen in den Kasernen strikt überwachen.

SPIEGEL: Und wie wollen Sie die albanische Untergrundarmee UÇK unter Kontrolle bringen?

Petritsch: Wir sind über die direkte Teilnahme der UÇK an den Verhandlungen sehr froh. Ich habe in den letzten Wochen den Eindruck gewonnen, daß die

UÇK ein berechenbarer Gesprächspartner wird und daß sie ihre Leute kontrollieren kann. Praktisch sind wir dabei, die Grenze zu Albanien und die albanischen Häfen zu kontrollieren, um den Waffennachschub an die UÇK zu stoppen. Auch der Geldzufluß aus dem Ausland für den Kauf weiterer Waffen muß unterbunden werden.

SPIEGEL: Die Serben betrachten die UÇK weiter als terroristische Organisation, sie werden ihre Auflösung verlangen ...

Petritsch: ... die albanische Befreiungsarmee wird sich als militärischer Faktor nicht mehr völlig eliminieren lassen. Ein professioneller Kern wird erhalten bleiben. Aber auch diese Kämpfer müssen nach einem Abkommen ihre Waffen an vereinbarten Plätzen hinterlegen. Der Rest der UÇK-Mitglieder kann ja künftig bei der Lokalpolizei einen Job finden.

SPIEGEL: Wird Milošević einen solchen Kompromiß politisch überleben?

Petritsch: Er kann vielleicht noch eine Zeitlang politisches Oberwasser behalten, zumal nach einem Friedensabschluß die Aufhebung der Sanktionen gegen Jugoslawien in Aussicht steht. Klar ist: Den Europäern steht jetzt der Härtestest bevor. Erweist sich die Kontaktgruppe einmal mehr als unfähig, ein Problem in ihrer Region zu lösen, dann gute Nacht Europa.

INTERVIEW: RENATE FLOTTAU



Präsident Milošević

J. H. DÄRCHINGER